

Philosophie als Lebensader

Gemeinderat: Durch Uni-Pläne droht Mannheim Statusverlust

Von unserem Redaktionsmitglied
Thorsten Langscheid

Die Schlosshochschule soll ihr erfolgreiches, breites Bildungsangebot nicht aufgeben, um auch in Zukunft die Chancen des Universitätsstatus für Stadt und Region zu erhalten. Dies fordert der Gemeinderat in einer gemeinsamen Resolution von SPD, CDU, Grünen, FDP und Linker Liste.

Landesregierung und Landtagsfraktionen werden in dem Text, über den der Gemeinderat morgen abstimmen will, aufgefordert, sich dementsprechend für den Universitätsstandort Mannheim einzusetzen. Die „tiefgreifenden Umgestaltungspläne“ von Rektor Hans Wolfgang Arndt, die auch vom mehrheitlich mit externen Firmenvertretern besetzten Universitätsrat unterstützt werden, im Akademischen Senat der Schlosshochschule aber keine Zustimmung finden, berührten auch die Interessen und Perspektiven der Stadt: „Bei einer beabsichtigten Auflösung der Philosophischen Fakultät sind spürbare Konsequenzen für die wissenschaftliche Infrastruktur zu befürchten.“

Erfolgreichen Kooperationen mit Kulturinstitutionen, wie zum Beispiel den Mannheimer Verlagen oder dem Institut für Deutsche Sprache, „wäre die Lebensader genommen“, heißt es in der Resolution: „Mannheim als Kulturmetropole würde einen Statusverlust erleiden.“ Ähnlich beurteilen die Kommunalpolitiker in ihrem gemeinsamen Vorstoß die Rolle der durch Rektor Arndts Pläne ebenfalls von Schließung bedrohten Technischen Informatik: Das Institut leiste für den Wissenschaftstransfer und für die Ansiedlung neuer Unternehmen einen wichtigen Beitrag. „Eine Schließung der Einrichtung, gerade im Hinblick auf den anhaltenden Strukturwandel, würde die eingeleiteten wirtschaftlichen Impulse ersticken“, so der Wortlaut der Entschließung, mit der die kommunalen Mandatsträger bei ihren Kol-

legen im Stuttgarter Landtag, Klaus Dieter Reichardt (CDU), Helen Heberer und Frank Mentrup (beide SPD und Mitglieder des Gemeinderats) offene Türen einrennen. Auch die beiden Mannheimer Bundestagsabgeordneten Lothar Mark (SPD) und Gerhard Schick (Grüne) machen sich für den Erhalt der Universität stark, wie sie mehrfach deutlich machten. In einem Schreiben fordert Mark jetzt den Stuttgarter Wissenschaftsminister Peter Frankenberg auf, „die unselige Diskussion um die Universität endlich zu beenden“. Frankenberg, der Arndts Vorgänger als Rektor der Universität war und neben seinem Ministeramt auch den Vorsitz im Kreisverband der Mannheimer CDU führt, sei als zuständiger Minister „untätig“, so Mark. Es dränge sich der Verdacht auf, dass Frankenberg die Diskussion „völlig entglitten“ sei. Mark an Frankenberg: „Sollten Sie der Getriebebene des Mannheimer Rektorats sein und die Pläne zur Zerschlagung der Universität nicht teilen, so wäre es an der Zeit, auch dies der Öffentlichkeit mitzuteilen.“

Frankenberg hatte sich zu Beginn des Wintersemesters mit dem CDU-Kreisvorstand gegen Arndts Pläne ausgesprochen, sein Votum anschließend aber wieder zurückgenommen. Zu den inzwischen vorliegenden alternativen Strukturkonzepten für die Zukunft der Universität, die einen Erhalt der Philosophischen Fakultät vorsehen (wir berichteten), äußerte sich Frankenberg bisher nicht. Derweil laufen die Verhandlungen zwischen den Universitäten Mannheim und Heidelberg über die Technische Informatik auf Hochtouren. Der Heidelberger Rektor Peter Hommelhoff besuchte in der vergangenen Woche erstmals das Institut, das im Tausch gegen vier wirtschaftswissenschaftliche Lehrstühle in die Uni Heidelberg eingegliedert werden soll. Als Termin wird derzeit „Mitte Februar“ angepeilt.

► Kommentar